



**NIEDERSCHRIFT**  
(öffentlicher Teil)  
**31. Sitzung des Jugendhilfeausschusses**

Sitzungstermin:	Donnerstag, 01.06.2017	
Sitzungsbeginn:	16:02 Uhr	
Sitzungsende:	17:44 Uhr	
Sitzungsort:	Großer Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck,	
<b>Anwesende Mitglieder</b>		
<b>Vorsitz</b>		
Tim Klüssendorf- SPD		
<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>		
Aydin Candan- SPD		
Peter Petereit- SPD		Vertretung für: Herrn Jörn Puhle
Felix Untermann- CDU		
<b>stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.</b>		
Pastorin Dörte Eitel- AG freier Wohlfahrtsverbände		
Hannelore Fahl- CDU		Vertretung für: Herrn Horst Wargenau
Joachim Giesenberg- Lübecker Jugendring		
Dagmar Hildebrand- CDU		
Rafael Jancen- Lübecker Jugendring		Vertretung für: Frau Sandra Pereira da Silva David
Astrid Kandulla-Levent- grün+alternativ+links (GAL)		Vertretung für: Frau Katja Mentz
Vera-Simone Kuzla- AG freier Wohlfahrtsverbände		
Jürgen Wecker- AG freier Wohlfahrtsverbände		Vertretung für: Frau Eveline Kuring-Arent
Kathrin Ziese- Lübecker Jugendring		
<b>Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht</b>		
Britta Ingwersen-		Vertretung für Frau Aysel Emektar
Renate Junghans- 4.510 Familienhilfen / Jugendamt		
Klaus-Peter Jürgensen- Fachbereichsdienste FB 4		
Timon Kolterjahn- FDP		
Volker Krause- BfL		Vertretung für: Herrn Fritz Knispel
Thomas Mix- Stadelternvertretung		
Andreas Müller- Freie Wähler & Die Linke		
Lutz Regenber- Mitglied der Fachgruppe HZE		
Birgit Reichel- 4.513 Jugendarbeit/Jugendamt		

<b>Verwaltung</b>	
Senatorin Kathrin Weiher- FBL 4 - Kultur und Bildung	
Petra Albrecht- Jugendhilfeplanung	
Brigitte Czermak- Koordinatorin Kooperative Erziehungshilfe	bis 17:14 Uhr
Renate Heidig- Jugendhilfeplanung	
Cornelia Klugmann- Kooperative Erziehungshilfe	bis 17:14 Uhr
Angelika Kramm- FBC FB 4 FBC FB 4	
Eva Mesch- 4.510 - Familienhilfen/Jugendamt	
Doris Oldenburg- städt. Kindertageseinrichtungen	
Petra Schmittner- 1.160 Frauenbüro	bis 17:28 Uhr
Carsten Schnelle- Jobcenter U25	
<b>Protokollführung</b>	
Dana Gladasch-	
<b>Gäste</b>	
Detlev Wulff- VSE Lübeck e.V./Trägervertreter "I-Pool"	bis 17:14 Uhr
<b>Sonstige Personen</b>	
Inge Hennig- Seniorenbeirat	
<b>Entschuldigte Mitglieder</b>	
<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>	
Katja Mentz- grün+alternativ+links (GAL)	- entschuldigt -
Jörn Puhle- SPD	- entschuldigt -
<b>stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.</b>	
Anka Grädner- Bü90/DIEGRÜNEN	- nicht anwesend -
Eveline Kuring-Arent- AG freier Wohlfahrtsverbände	- entschuldigt -
Sandra Pereira da Silva David- Lübecker Jugendring	- entschuldigt -
Nicole Vollert- SPD	- nicht anwesend -
Horst Wargenau- CDU	- entschuldigt -
<b>Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht</b>	
Bacar Gadji-	- entschuldigt -
Fritz Knispel- BfL	- entschuldigt -
Christian Weise- Kreiselternvertretung	- nicht anwesend -

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung
2.	Niederschriften vom 06.04.2017
3.	Anliegen der Jugend
4.	Anfragen / Antworten / Mitteilungen
4.1.	Anfrage des beratenden Ausschussmitglieds Thomas Mix (SEV) an die Verwaltung Vorlage: VO/2017/05008
4.2.	Mitteilungen der Verwaltung
4.2.1.	Baumaßnahmen in städtischen Kitas
4.2.2.	Umsetzung geändertes UHV-Gesetz, aktueller Stand
4.2.3.	Fortbildungsreihe Inklusion
4.2.4.	Mietvertragsverlängerung Kinder- und Jugendkulturhaus Röhre
5.	Berichte
5.1.	mdl. Bericht zum Ferienpass
5.2.	Zweiter Evaluationsbericht Modellprojekt "Poolbildung zur Beförderung einer inklusiven Beschulung" Vorlage: VO/2017/04895
6.	Beschlussvorlagen
6.1.	Änderung der Elternbeitragssatzung für die Kindertagespflege in der Hansestadt Lübeck Vorlage: VO/2017/04923
7.	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
8.	Anträge von Ausschussmitgliedern
8.1.	Antrag von AM Katja Mentz (GAL): Einrichtung von Jugend-Wohngemeinschaften Vorlage: VO/2017/04966
9.	Verschiedenes

12.	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

<b>zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung</b>
---

Herr Klüssendorf eröffnet die 31. Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Er begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Klüssendorf weist darauf hin, dass Ausschussmitglieder verpflichtet werden müssen und bittet die Anwesenden sich zu erheben. Er verliest die Verpflichtungsformel: „Hiermit verpflichte ich Sie gemäß § 46 Absatz 6 der Gemeindeordnung zur gewissenhaften Erfüllung Ihrer Obliegenheiten und führe Sie in per Handschlag in Ihr Amt ein.“ Danach gibt er Frau Kandulla und Herrn Jancen die Hand und erklärt: „Ich verpflichte Sie!“

Es liegt ein schriftlicher Dringlichkeitsantrag von Frau Mentz vor, der als Tischvorlage umverteilt wird.

Frau Weiher spricht sich dafür aus, den Antrag auf die Tagesordnung zu nehmen.

Herr Klüssendorf bittet um Abstimmung über die Aufnahme des Dringlichkeitsantrages VO/2017/04966 auf die Tagesordnung. Die Mitglieder stimmen der Aufnahme des Antrages einstimmig zu. Der Antrag wird unter TOP 8.1 in die Tagesordnung aufgenommen.

Herr Klüssendorf erklärt, dass für den nichtöffentlichen Teil eine Vorlage zum Thema Mietvertragsverlängerung Mengstr. 33-43 vorgesehen ist. Diese Vorlage liegt noch nicht entscheidungsreif vor, daher wird es zu diesem Thema lediglich eine Mitteilung im öffentlichen Teil geben und keine Vorlage im nichtöffentlichen Teil.

Dennoch gibt es einen nichtöffentlichen Teil.

Herr Klüssendorf fragt, ob mündliche Anträge zur Tagesordnung gestellt werden. Dies ist nicht der Fall.

Anschließend fragt Herr Klüssendorf, ob die Mitglieder der gem. den Ausführungen angepassten Tagesordnung einschließlich des unter TOP 8.1 aufgenommenen Dringlichkeitsantrages zustimmen. Der Ausschuss widerspricht dem nicht. Die Tagesordnung wird damit unter Berücksichtigung der vorgetragenen Änderungen sowie der Zuordnung des TOP 8.1 und der für den nichtöffentlichen Teil vorgeschlagenen TOPs 10 und 10.1 einstimmig festgestellt.

**Beschluss:**

Der Ausschuss beschließt, dem Antrag VO/2017/04966 die Dringlichkeit zu gewähren und den Antrag in der laufenden Sitzung zu behandeln.

***Abstimmungsergebnis:***

*Einstimmig*

*Ja-Stimmen: 13*

*Nein-Stimmen: 0*

*Enthaltungen: 0*

<b>zu 2 Niederschriften vom 06.04.2017</b>
--

Es liegen keine schriftlichen Änderungsanträge zur Niederschrift vor. Herr Klüssendorf fragt die Mitglieder des Ausschusses, ob mündliche Änderungsanträge zur Niederschrift der 30. Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 06.04.2017 vorgebracht werden. Dies ist nicht der Fall.

Die Niederschrift ist damit festgestellt.

### **zu 3      Anliegen der Jugend**

Frau Ingwersen berichtet, dass bisher keine Bewerbungen für die Jugendhanse vorliegen. Sie merkt an, dass es besser gewesen wäre, wenn der LN-Artikel auch für Nicht-Abonnenten online einsehbar gewesen wäre.

### **zu 4      Anfragen / Antworten / Mitteilungen**

#### **zu 4.1      Anfrage des beratenden Ausschussmitglieds Thomas Mix (SEV) an die Verwaltung Vorlage: VO/2017/05008**

Frau Oldenburg erläutert die umverteilte schriftliche Antwort zur Anfrage. Diese ist der Niederschrift beigelegt.

Herr Mix ergänzt die Ausführungen und Frau Oldenburg beantwortet eine Nachfrage von Herrn Müller zu der aufgeführten Tabelle. Frau Oldenburg bietet bei weiteren Nachfragen ein Telefonat an. Herr Klüssendorf ergänzt und lobt die so umgehende Beantwortung der Anfrage.

#### **zu 4.2      Mitteilungen der Verwaltung**

##### **zu 4.2.1      Baumaßnahmen in städtischen Kitas**

Frau Oldenburg erklärt, dass 2016 die Baumaßnahmen in den Kitas Kerckringstr., Haus der

kleinen Riesen, Marlistr. und Glockengießerstr. beendet wurden. Für 2017 sind zwei Baumaßnahmen geplant. Die Kita Klipperstr. wird völlig neu gebaut und die Kinder werden in Abstimmung mit den Eltern auf die Kita Dietrich-Buxtehude und Schaluppenweg verteilt. Die zweite Baumaßnahme erfolgt in der Kita Dr. Julius-Leber Str. Die Versorgungsquote in der Innenstadt ist gut, daher wird die Maßnahme wahrscheinlich unproblematisch verlaufen.

#### **zu 4.2.2 Umsetzung geändertes UHV-Gesetz, aktueller Stand**

Frau Junghans berichtet, dass die Änderungen im Unterhaltsvorschussrecht zum 01.07.2017 umgesetzt werden sollen. Durch die Aufhebung der Bezugsdauer und der Altersgrenze ist mit einem Zuwachs an Kunden und Anträgen zu rechnen. Bisher wurden dafür sieben neue Mitarbeiter eingestellt. Diese Mitarbeiter sollen im Verwaltungszentrum Mühltor untergebracht werden. Der Pflegekinderdienst wird deshalb vorübergehend in das ehemalige Stadtteilbüro in Kücknitz ausgelagert. Nach längstens zwei Jahren soll die Arbeit zusammen mit der AWO unter einem Dach erfolgen, analog zur Kindertagespflege.

Auf eine Nachfrage von Herrn Kolterjahn zur dezentralen Lage erklärt Frau Junghans, dass vor Ort zwei StadtAutos zur Verfügung stehen und dass ein Büro im Verwaltungszentrum erhalten bleibt.

Fr. Weiher erklärt, dass für diese vorübergehende Unterbringung leer stehende Gebäude genutzt werden, für die die Hansestadt Lübeck bereits Miete zahlt.

Auf eine Nachfrage von Herrn Untermann zur zeitlichen Umsetzung des Gesetzes antwortet Frau Junghans.

#### **zu 4.2.3 Fortbildungsreihe Inklusion**

Frau Oldenburg informiert über einen zwischen August 2016 und Mai 2017 durchgeführten Kurs zum Thema Inklusion mit elf Leitungskräften. Ein zweiter Kurs mit den restlichen Kitas wird im November 2017 beginnen. Die VHS unterstützt die Fortbildungsreihe. Die städtischen Kitas sind auf dem Weg zu inklusiven Kitas.

#### **zu 4.2.4 Mietvertragsverlängerung Kinder- und Jugendkulturhaus Röhre**

Frau Kramm berichtet, dass die entsprechende Vorlage des GMHL zunächst bis auf weiteres zurückgestellt worden ist. Sobald die abschließende Bearbeitung erfolgt ist, wird eine frühzeitige Beteiligung des Jugendhilfeausschuss sichergestellt.

#### **zu 5 Berichte**

## zu 5.1 mdl. Bericht zum Ferienpass

Der Ferienpass erscheint am 25.06.2017 online und am 26.06.2017 in gedruckter Version. Bereits am 14.06.2017 findet zusammen mit Frau Weiher ein Pressestermin statt.

Herr Bernet berichtet von einem Arbeitskreis zum Thema Ferienpass, bei dem folgende zehn Punkte besprochen wurden:

1. Die Internetseite wird neu gestaltet, die Nutzbarkeit für Familien wird verbessert und automatische Erinnerungssysteme sollen eingerichtet werden.
2. Es werden Flyer o. ä. gedruckt und flächendeckend an alle Schule verteilt.
3. In den Nachbarschaftsbüros oder anderen geeigneten Runden werden Einführungshilfen für interessierte Elternteile oder andere Erwachsene angeboten, damit benachteiligte Familien besser erreicht werden können.
4. Das Ferienpassangebot des Lübecker Jugendrings, die Kinder-Hanse-Stadt, wird zum halben Preis angeboten.
5. Für den Ferienpass 2018 sollen auf geeignete Weise kostengünstige und niedrigschwellige Angebote entwickelt werden.
6. Die Jugendeinrichtungen in der Hansestadt Lübeck streben an, in 50 % der Ferienzeiten ein stadtteilbezogenes Ferienprogramm anzubieten.
7. Die Nutzungsmöglichkeiten des Jugend-Aktiv-Passes werden im Ferienpass ausführlich dargestellt und betont, denn laut JobCenter werden viele Aktiv-Pässe ausgegeben, aber nur wenige eingesetzt.
8. Am 19.06.2017 gibt es in der „Diele“ des Jugendrings eine zentrale Präsentation für Multiplikatoren (LehrerInnen, BetreuerInnen in Gemeinschaftsunterkünften, interessierte Erwachsene). Dort können bereits Pakete mit Ferienpässen mitgenommen werden.
9. Für das Jahr 2016 haben 78 Veranstalter von 98 die Zahlen der teilnehmenden Kinder zurückgemeldet. Daraus ergibt sich, dass insgesamt 3.265 Kinder am Ferienpass teilgenommen haben.  
Die statistischen Erhebungen werden 2017 wiederholt, ggf. mit Unterstützung des Bereiches Jugendarbeit.
10. Eine Initiative zur Koordination von Spielmobilaktionen 2018 wird gebildet.

Auf eine Nachfrage von Frau Kandulla zu speziellen Angeboten für Migranten erklärt Herr Bernet, dass es nicht sinnvoll sei, diese zu initiieren. Es wird vielmehr Kontakt zu den Betreuern in den Unterkünften aufgenommen, so dass Geflüchtete an den regulären Angeboten des Ferienpasses teilnehmen können. Weiterhin erklärt Herr Bernet, dass es auch Veranstaltungen für ältere Jugendliche gibt, die meisten Veranstaltungen aber auf Kinder zwischen neun und vierzehn Jahren abzielt. Viele Veranstaltungen für ältere Jugendliche sind zudem auch teurer als die für jüngere Kinder. Der Jugendring kann lediglich an die Veranstalter appellieren, die Angebote günstiger einzurichten.

Herr Klüssendorf fragt nach, ob künftig auch qualitative Entwicklungen statistisch erhoben werden. Herr Bernet erklärt, dass dies bereits im Online-Fragebogen mit abgefragt wurde. Die Ergebnisse sind jedoch nur schlecht vergleich- und nutzbar, daher wären Interviews zur Evaluation wahrscheinlich besser. Frau Reichel teilt mit, dass in den städtischen Jugendeinrichtungen das Ferienprogramm unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gestaltet wird. Herr Bernet ergänzt, dass bei den hauptamtlich geführten Veranstaltern des Ferienpasses dies genauso gehandhabt wird, dass die Ehrenamtler aber nur begrenzte Möglichkeiten zur vorgeschalteten Befragung und Beteiligung haben.

**zu 5.2 Zweiter Evaluationsbericht Modellprojekt "Poolbildung zur Beförderung einer inklusiven Beschulung"  
Vorlage: VO/2017/04895**

Herr Klüssendorf begrüßt Frau Czermak und Frau Klugmann von der Kooperativen Erziehungshilfe / KEH und Herrn Wulff vom Verbund sozialtherapeutischer Einrichtungen / VSE Lübeck, anschließend leitet Frau Weiher in das Thema 2. Evaluationsbericht Poolbildung zur Beförderung einer inklusiven Beschulung ein. Dieses Modellprojekt soll aufgrund der positiven Resonanz verstetigt und zu einem Dauerangebot werden.

Frau Albrecht, Frau Mesch, Frau Czermak, Frau Klugmann und Herr Wulff erklären anhand einer Power-Point-Präsentation das Modell Poolbildung Integrationshilfen an Schulen. Die Präsentation ist der Niederschrift beigefügt.

Herr Wulff erklärt, dass bei den Budgets ein Puffer für unvorhergesehene Bedarfe in Höhe von 161.000 € eingeplant ist, der nicht abgebildet ist. Frau Mesch erklärt, dass dieser Puffer in diesem Schuljahr wahrscheinlich komplett aufgebraucht und für das nächste Schuljahr wieder zur Verfügung steht. Weiterhin ist bei dem Verbesserungsbedarf zu ergänzen, dass Teilhabe im Nachmittagsbereich nur mit zusätzlichen Stunden erfolgen kann.

Auf eine Nachfrage von Frau Fahl zur Kompensation von kranken Mitarbeitern erklärt Herr Wulff, dass es keine Reserve gibt. Wenn die Mitarbeiter mehr als sechs Wochen krank sind und Krankengeld beziehen, dann sind entsprechende Mittel verfügbar um Ausfallzeiten aufzufangen.

Auf eine Nachfrage von Frau Kandulla zur Bedarfsermittlung und Frau Fahl zu den Grenzen der Inklusion antwortet Frau Czermak. Die inklusive Beschulung von behinderten Kindern ist keine Aufgabe der Schulbegleitung, sondern eine Aufgabe der Schule. Hier sind Sonderpädagogen notwendig, da der I-Pool lediglich ein Baustein der Integrationshilfen an Schulen ist. Frau Albrecht weist in diesem Zusammenhang auf den hohen Anteil der betroffenen Jungen hin und äußert die Vermutung, dass dieser einer grundsätzlich anderen Pädagogik zur adäquaten schulischen Förderung bedürfen.

Frau Junghans erklärt, dass es sich hierbei nicht mehr um ein Projekt handelt, sondern um einen Bestandteil der Regelaufgaben. Bis zum Schuljahr 2019/2020 bleibt es so wie bisher und wahrscheinlich wird es so auch fortgesetzt. Der Vertrag ist endverhandelt und unterschriftsbereit.

**Beschluss:**

Überprüfung der erbrachten Leistungen und der Kostenentwicklung sowie der Rahmenbedingungen für die künftige Steuerung des Ressourceneinsatzes

*Der Bericht wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.*

**zu 6 Beschlussvorlagen**

**zu 6.1 Änderung der Elternbeitragsatzung für die Kindertagespflege in der Hanse-**

Herr Mix fragt, ob bei den flexiblen Betreuungszeiten noch Handlungsspielraum besteht und erklärt, dass das Problem der Beitragserhöhung damit nicht gelöst ist.

Herr Klüssendorf erklärt, dass es sich hierbei um die folgerichtige Anpassung der Elternbeitragssatzung für die Kindertagespflege handelt, analog zur Anpassung der Kita-Beiträge.

Herr Regenberg und Herr Jürgensen ergänzen, mit fachlichen Ausführungen zur Qualitätsentwicklung des Angebots und zur damit einhergehenden Gleichbehandlung der betroffenen Arbeitsplätze in der Betreuung.

Herr Jürgensen gibt grundsätzliche Hintergrundinformationen zur Tagespflege (Rahmenbedingungen, Qualifikation, Qualitätshandbuch). Die laufenden Geldleistungen an die Tagespflegepersonen liegen im interkommunalen Vergleich hoch und durch den Verbund der Tagespflege besteht eine gute administrative und fachliche Begleitung. Außerdem gibt es einen Bürgerschaftsbeschluss aus dem Jahr 2009, nach dem regelmäßige Anpassungen an die Kita-Beiträge erfolgen müssen.

Herr Klüssendorf erklärt, dass die Kindertagespflege nicht losgelöst von den Kita-Entgelten betrachtet werden kann.

Frau Weiher erklärt, dass Lübeck bei den Elternbeiträgen für die Betreuung von unter 3-jährigen Kindern im Mittelfeld liegt.

Frau Schmittner gibt zu bedenken, dass die höheren Betreuungskosten für Frauen ein Hindernis darstellen könnten ihre Arbeit wieder aufzunehmen. Neben den regulären Beiträgen werden zusätzliche Kosten auf die Eltern umgelegt, wie z. B. Kosten für Supervision. Herr Klüssendorf erklärt, dass lediglich 50 % der Eltern den vollen Kita-Beitrag in Lübeck zahlen, alle anderen sind davon befreit oder bekommen Ermäßigungen.

Herr Müller weist auf den Kostendeckungsgrad von 15 % hin und fragt nach dem Sinn der Elternbeiträge. Herr Klüssendorf erklärt den politischen Hintergrund und dass diese Beiträge lediglich an die Kita-Entgelte angepasst werden. Frau Weiher ergänzt, dass die Kommunen mehr finanzielle Unterstützung vom Land benötigen damit die Betreuungsplätze in den Kitas kostengünstiger angeboten werden können.

Herr Klüssendorf lässt über die Vorlage abstimmen.

#### **Beschluss:**

Die Elternbeitragssatzung für Kindertagespflege in Lübeck in der Fassung von Mai 2017 (Anlage 1) wird beschlossen. Die Satzung tritt mit Wirkung vom 01.08.2017 in Kraft.

***Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft die Vorlage mehrheitlich.***

*Ja-Stimmen: 8*

*Nein-Stimmen: 5*

*Enthaltungen: 0*

#### **zu 7 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft**

Es liegt nichts vor.

#### **zu 8 Anträge von Ausschussmitgliedern**

<b>zu 8.1     Antrag von AM Katja Mentz (GAL): Einrichtung von Jugend-Wohngemeinschaften</b> <b>Vorlage: VO/2017/04966</b>
---

Frau Kandulla erläutert den Antrag von Frau Mentz und verweist auf den LN-Artikel vom 31.05.2017 zu diesem Thema. Danach werden in diesem Jahr 69 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge volljährig und fallen aus der Jugendhilfe heraus. Diese Jugendlichen sind teilweise noch nicht stabil genug, so dass Jugendhilfemaßnahmen weitergeführt werden müssten. Ein Konzept, zur Einrichtung von Jugendwohngemeinschaften, muss entwickelt werden. Frau Junghans befürwortet diesen Antrag und erläutert, dass die Jugendhilfemaßnahmen mit Eintritt der Volljährigkeit nicht enden. Es wird mit diversen Kooperationspartnern zusammen gearbeitet, damit die Jugendlichen weiterhin pädagogisch betreut werden. Die Einrichtung von Jugendwohngemeinschaften ist ein weiterer Baustein, der unter anderem mit dem Bereich Soziale Sicherung erarbeitet werden muss. Für die Erstellung solch eines Konzeptes wird jedoch Zeit benötigt, so dass es nicht bis zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses fertig gestellt werden kann.

Herr Regenberg erklärt, dass im Landesvergleich die Hansestadt Lübeck weniger Hilfen nach § 41 SGB VIII (Hilfe für junge Volljährige, Nachbetreuung) gewährt als zum Beispiel Hamburg. Er wünscht sich eine höhere Inanspruchnahme bei der Gewährung dieser Jugendhilfemaßnahme.

Frau Junghans verweist auch auf die Hilfen nach § 34 SGB VIII (Heimerziehung, sonst. Betreute Wohnform) und § 30 SGB VIII (Erziehungsbeistand, Betreuungshelfer). Im Einzelfall wird geprüft, ob Bedarf an Jugendhilfemaßnahmen nach Vollendung des 18. Lebensjahres weiter besteht.

Frau Weiher unterstützt diesen Antrag und erklärt, dass solche Wohnformen auch für deutsche Jugendliche von Vorteil wären. Sie weist die Berichterstattung des LN-Artikels zurück und erläutert die Betreuung z. B. in Form von Berufsschulangeboten, Teilnahme an Sprachkursen oder Mitgliedschaften in Sportvereinen.

Auch Frau Hildebrand und Herr Petereit sprechen sich für die Einrichtung von Jugendwohngemeinschaften aus.

Frau Weiher verweist auf die Wohnungsknappheit, wird diesen Antrag aber in die Task-Force Wohnungsbau beim Bürgermeister einbringen.

Auf einen Hinweis von Frau Kandulla erklärt Frau Junghans, dass den gewählten Hilfen regelmäßig einer sehr differenzierte Bedarfsprüfung vorausgeht.

Herr Klüssendorf schlägt vor, dass ein Konzept gemäß Antrag erstellt wird, dies aber nicht zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses erfolgen muss.

Über den geänderten Antrag lässt der Vorsitzende abstimmen.

**Beschluss:**

Die Hansestadt Lübeck möge dafür sorgen, dass Jugend-Wohngemeinschaften eingerichtet werden, in die unbegleitete minderjährige Ausländer ziehen können, sobald sie volljährig geworden sind.

Es möge ein Konzept vorgelegt und berichtet werden, wie neben dem Wohnen in Wohngemeinschaften auch eine bedarfsorientierte Betreuung und Unterstützung der Jugendlichen gewährleistet werden kann.

Ein verzahntes Zusammenwirken verschiedener Träger und Hilfeeinrichtungen für junge Geflüchtete ist hierbei anzustreben (z.B. Jugendmigrationsdienst, Berufsschulen, Jobcenter etc.).

**Der Ausschuss stimmt dem geänderten Antrag einstimmig zu.**

*Ja-Stimmen: 13*

*Nein-Stimmen: 0*

*Enthaltungen: 0*

<b>zu 9      Verschiedenes</b>
--------------------------------

Es liegt nichts vor.

**Der Vorsitzende bittet die Öffentlichkeit und die Personen, die zur Teilnahme am nicht-öffentlichen Teil der Sitzung nicht berechtigt sind, den Raum zu verlassen.**

**Ende des öffentlichen Teils der Sitzung um 17:40 Uhr.**

**Die Öffentlichkeit und die Personen, die zur Teilnahme am nichtöffentlichen Teil der Sitzung nicht berechtigt sind, verlassen den Raum.**

**Beginn des nichtöffentlichen Teils der Sitzung um 17:41 Uhr.**

<b>zu 12      Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse</b>
---

Herr Klüssendorf gibt bekannt, dass im nichtöffentlichen Teil keine Beratungen durchgeführt und keine Beschlüsse gefasst wurden.

Der Ausschuss hat eine Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis genommen.

Lübeck, den 31. August 2017

Tim Klüssendorf  
Vorsitzende/r

Dana Gladasch  
Protokollführung